

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drehtauschiff
Tageblatt Riesa.
Gesetzl. Nr. 20.
Vorstand Nr. 22.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestimzte Blatt.

Botschaftszeitung
Dresden 1889.
Riesaer
Riesa Nr. 22.

M 54.

Mittwoch, 5. März 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Aufschlag. Für den Fall des Eintritts von Produktionsunterbrechungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabeates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorauß zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zelle (6 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Mellomezze 100 Gold-Pfennige; seitwärts und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbelage. Erhältlich an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Dangler & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Wochentwoch-Stimmung in Berlin.

Berlin kennt keinen Fasching, wenigstens keinen Fasching, wie man ihn am Rhein alljährlich erlebt. Das Straßenbild der Reichshauptstadt trägt in den Faschingstagen ein alljährliches Gepräge und die hohe Politik einen äußerst ernsten Charakter. Der Fraktionsbeschluss der Sozialdemokraten stellte den Fraktionsvorstand der Deutschen Volkspartei, der seit Sonntag nahezu fortwährend sich im Reichstag befindet und Signung auf Sitzung abhält, vor eine neue Situation. Auch die Unregelmäßigkeiten des Kabinetts und der Aufrug an den Herrn Reichsfinanzminister Dr. Mosbacher, den Reichshaushalt noch einmal zu überprüfen und neue Vermittlungsvorschläge zu machen, gaben ihm erneut Veranlassung zu einer gründlichen Aussprache. An ihr beteiligten sich auch führende Persönlichkeiten der Wirtschaft mit Herrn von Stauff, dem Generaldirektor der Deutschen Bank und dem Direktionschef der Deutschen Sparte. Aus ihrer Beteiligung schloß man in parlamentarischen Kreisen vielfach, daß es die Deutsche Volkspartei nicht auf Siegen und Brechen anstreben lassen will. Man war daher im Reichstag einigermaßen überrascht, als nach der Fraktionsbesprechung der Deutschen Volkspartei bekannt wurde, daß der Vermittlungsvorschlag der Demokraten abgelehnt wurde, aber auch keinerlei Einigungsvorschläge seitens der Deutschen Volkspartei erschienen, die aus der kritischen Lage einen Ausweg gezeigt hätten.

Dagegen hörte man, daß sich der Fraktionsvorstand der Deutschen Volkspartei der Ansicht und Absicht des sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes anschloß, die Verabsiedlung der Young-Gesetze nicht durch innerpolitische Streitigkeiten über die schwierigen Finanzfragen zu verzögern. Beim Zusammentreffen der Kabinettssitzung am Dienstag nachmittag war so hinter den Kulissen eine gewisse Einheitsfront gegen das Zentrum geschaffen worden, das bekanntlich eine organische und enge Verbindung zwischen Young-Gesetzen und Reichsfinanzreform verlangt. Wenn jetzt, wie allgemein angenommen wird, die Reichsminister in letzter Stunde sich nicht auf einen großzügigen Finanzplan einigen, dann wird die Entscheidung über die Young-Gesetze dem Zentrum zugeschoben. In Szenariofene fahrt man diese Entwicklung schon einige Tage kommen und ließ daher unter der Hand verbreiten, daß die Zentrumskräfte in diesem Hause verlangen würden, daß zweite Beratung der Young-Gesetze um eine Woche zu verschieben. Davor wollen jedoch die übrigen Koalitionsparteien nichts wissen. Jedenfalls sind wir während der letzten Tage aus der Krise keinen Schritt herauftreten. Die Lage steht sich immer kritischer zu, wenn nicht in letzter Stunde die eine oder andere Machtgruppe ihre politischen Forderungen und Bestrebungen einer gründlichen Überprüfung unterzieht.

Hinter den Kulissen der Bollkriegskonferenz.

Ein neuer Plan.

Genf. Die hinter den Kulissen der Bollkriegskonferenz fortgeführten privaten Verhandlungen haben jetzt zur Ausarbeitung eines geschlossenen Plans geführt, der Dienstag nachmittag den an diesen Versprechungen nicht befeilten Mächten zur Kenntnis gebracht worden ist. Danach soll auf dieser Konferenz ein Bollkriegsstillstand, auf längere Dauer zwischen einer Gruppe von Staaten abgeschlossen werden und zwar vor allem zwischen denjenigen Staaten, die keine festen Bollkriege bekämpfen. Die übrigen am Bollkriegsstillstand nicht teilnehmenden Mächte sollen ihrerseits dagegen ein Abkommen über die Verlängerung der geltenden Handelsvereinbarungen für die Dauer des Bollkriegsstillstandes abschließen. Zwischen diesen beiden Staatengruppen soll sodann ein weiteres Abkommen geschlossen werden, wonach die autonomen Bollkriege nur nach einmonatiger Kündigung erhöht werden können, um den Regierungen hierdurch Zeit zu Verständigungsverhandlungen zu geben.

Diese drei Abkommen sollen in einer einheitlichen Konvention zusammengefaßt werden, für die bereits ein Entwurf vorliegt. Bissher haben England und Deutschland sich bereit gezeigt, eine derartige Regelung zu erörtern, während die italienische Regierung eine ablehnende Haltung eingenommen hat. Ungeklärt ist noch, welche Stellungnahme Frankreich hierzu einnehmen wird. Der neue französische Handelsminister Glandin trifft Freitag in Genf ein, sobald die offiziellen Verhandlungen über diesen neuen Plan vorläufiglich erst am Sonnabend aufgenommen werden können.

Die Wiener Strafrechtsberatungen.

Die deutsch-österreichische Strafrechtskonferenz, bei der Vertreter beider Parlamente sich um eine Angleichung der bisherigen Gesetze über die Gestaltung des künftigen gemeinsamen Strafrechts bemühen, ist gleich in der ersten Sitzung zu einem besonders schwierigen Problem gelangt. Bekanntlich ist nach der österreichischen Verfassung die Todesstrafe nicht zulässig. In Deutschland geht ein heftiger Kampf zwischen den Anhängern und Gegnern der Todesstrafe hin und her. Die Entscheidung über die Strafen für Mord und Tötung ist zunächst zurückgestellt worden. Man will offenbar versuchen, zunächst über die weniger schwierigen Probleme eine Einigung herbeizuführen, um dann zum Schluß die Verhängung über die Todesstrafe herbeizuführen. Gestig getroffen wurde ein gemeinsamer Entwurf über die künftige Strafrechtsverhandlung des Zweikampfes und über die Werturteilung der Umlösbarkeit für solche Sectionen, die zum Zweikampf hinzugefügt werden.

Neue kommunistische Aufmarschpläne für den 6. März.

Demonstrationsverbot in Sachsen.

Dresden. In der kommunistischen Presse wird für den 6. und 13. März und die dazwischenliegende Zeit an Demonstrationen und sogen. "Hungermärschen" aufgerufen. Nach zahlreichen Vorfällen in der letzten Zeit ist mit Gewalttätigkeiten gegen Personen und sonstigen schadhaften Handlungen hierbei zu rechnen. Das Inneministerium hat daher für die Zeit vom 6. bis 14. 3. alle Versammlungen, Umzüge und sonstigen demonstrativen Veranstaltungen unter freiem Himmel verboten.

Sächsische Alarmbereitschaft der Berliner Schupo

Berlin. Trotz aller Schläge, die die Kommunistische Partei in der letzten Zeit in Berlin und im Reste des Landes durchgeführt hat, soll der Polizei-Befehl am 6. März unter allen Umständen zusammen mit der Polizei befolgt werden, befiehlt werden. Obwohl die Polizei eigentlich der Durchführung im Karl Liebknecht-Haus in Berlin in den Besitz der kommunistischen Aufmarschpläne kam, lassen sich die Kommunisten sowohl in Berlin als auch in Dresden nicht von ihrem Vorhaben abringen. Es sind inzwischen von der Zeitung der KPD und dem verbotenen Rotfrontkämpferbund

neue Geheimbefehle

ausgegeben worden, nach denen die Kundgebungen am 6. März durchgeführt werden sollen. Für Berlin rechnen die Kommunisten mit einer starken Beteiligung der Gewerkschaften. Nach dem Muster des 1. Februar, nach dem die Demonstration allerdings vollkommen mißlungen, soll auch diesmal verfahren werden. Wie am 1. Februar sollen sich die Demonstranten an vorher bestimmten Punkten sammeln, um dann in großen Zügen die "Hungermärsche" durch Berlin anzutreten. Das Bestreben der Kommunisten geht dahin, ihre Anhänger und Mitläufer schon eine Stunde vor Arbeitsbeginn aus den Betrieben herauszuziehen. Als Geheimpatrouille ist der Grundbegriff ausgedehnt worden: "Wir lassen uns nicht länger belügen", d. h. mit anderen Worten, es soll der Polizei, die ja nach dem noch immer bestehenden Demonstrationsverbot die Bildung von Demonstrationssäulen nicht dulden darf, bei der Ausbildung der Säule beständiger Widerstand entgegengesetzt werden. Es wird also, wenn die Kommunisten an dieser Parole festhalten, am 6. März unbedingt zu

größeren Zusammenstößen zwischen den Kommunisten und der Polizei

kommen. Die Zeitung der Berliner Schupo-Polizei ist der Ansicht, daß es bei dem ausgedachten Willen der Kommunisten, am 6. März unter allen Umständen auf die Straße zu gehen, zu Zusammenstößen kommen wird. Sie hat entsprechende Maßnahmen getroffen, und am 6. März wird sich die gesamte Berliner Schupo in höchster Alarmbereitschaft befinden. Der Taktik der Kommunisten, plötzlich Demonstrationssäulen zu bilden und damit nach dem Inneren der Stadt die Hungermärsche anzutreten, will die Schupo dadurch begegnen, daß sie zahlreiche Automobile, Motorradfahrer und berittene Streifen einsetzt.

Die Berliner Polizei wird bestrebt sein, Kundgebungen schon im Keime zu ersticken, damit nicht erst durch Zusamm

ungen größere Massen angelockt werden, deren Verbreitung nachher nicht ohne Anwendung von gewaltsamer Gewalt möglich ist. Im großen und ganzen sieht aber die Polizei dem 6. März ruhig entgegen.

Sämtliche Kommunistenkundgebungen in Bayern verboten.

München. Wie bereits gemeldet, hatten die Kommunisten für den 6. März auch in Bayern in allen größeren Städten öffentliche Umzüge anlässlich des kommunistischen Kampftages geplant. Außerdem waren anlässlich des Gewerkschaftskongresses am 9. März kommunistische Versammlungen vorgesehen. Die Polizeidirektion München hat alle diese geplanten Demonstrationen und Kundgebungen sowohl für den 6. März als auch für den 9. März unter Hinweis auf die entsprechenden Bestimmungen in der Reichsverfassung verboten.

Widerstand in den Betrieben.

Berlin. Die Abfertigung der kommunistischen Versteilung findet, wie eine Berliner Korrespondenz anvertraut erläutert, schon jetzt auf siemlich erheblichen Widerstand besonders in den Betrieben geflossen. Wie bereits gemeldet, haben 60 bekannte Funktionäre der kommunistischen Partei vor einigen Tagen sich von der Zentralleitung getrennt und in einem Außablatt vor der in letzter Zeit eingeschlagenen Politik der Zentrale gewarnt. Diese Gruppe, die auch einen erheblichen Teil der Arbeiterschaft hinter sich hat, bat nun in den Betrieben vor einer Beteiligung am 6. März gewarnt und erklärt, daß ihre Anhänger auf keinen Fall sich an Kundgebungen oder an Umzügen beteiligen werden, da nach ihrer Ansicht das Vorgehen der K.P.D.-Zentrale kindlos sei und mit einem neuen Misserfolg enden müsse.

Die geplanten Kommunisten-Demonstrationen in New York.

New York. (Funkfunk.) Die Polizei hat mit Rücksicht auf die für Donnerstag geplanten großen kommunistischen Erwerbslosendemonstrationen vorbereitende Maßnahmen in dem Umfang getroffen, wie sie sonst nur für den 1. Mai üblich sind. U. a. werden Kirchen und öffentliche Gebäude, sowohl wie die Wohnungen bekannter Millionärs unter besondere Bewachung gestellt. Man glaubt bei den Behörden nach den vorliegenden Anzeichen übrigens nicht, daß die Kundgebung den Umfang erreicht, den die Kommunisten aufzufordern. Dagegen berichtet in den Zeitungen, wie die Blätter beworben, beträchtliche Verbostät, was sich gestern darin zeigte, daß siemlich beträchtliche Polizeikräfte durch unbegründete Alarmgerüchte über geplante Bombententate und Demonstrationen unruhig in Atem gehalten wurden. Der Präsident der russischen Handelsgesellschaft "Amator", Bogdanow, hat eine Erklärung veröffentlicht, in der er sich mit Nachdruck gegen die neuerdings aufgetretene Behauptung wendet, die Demonstrationen würden von der russischen Handelsgesellschaft finanziert.

Die Gründungsurkunde der BSS unterzeichnet.

* Rom. Im Auftrage einer amerikanischen Bankengruppe, die sich aus der Bank J. P. Morgan New York und der First National-Bank of Chicago zusammensetzt, wurde am Dienstag in Rom in Gegenwart des Gouverneurs der Bank von Italien die Gründungsurkunde der BSS unterzeichnet, die bekanntlich bereits die Unterschriften der Notenbankpräsidenten trägt, die kürzlich in Rom getragen haben.

Zu Grüñners Ausschluß aus der BSS.

WDA, Berlin. Wie wir bereits gestern mitgeteilt haben, hat der sozialdemokratische Parteivorstand am Dienstag einstimmig beschlossen, den Senatspräsidenten am Oberverwaltungsgericht, Grüñner, aus der SPD auszuschließen. Dieser Beschluß des zuständigen sozialdemokratischen Partei-Kreisverbands kommt nicht überraschend. Er scheint die Auffassung zu teilen, daß es vor allem jener Grüñner an den Ministerpräsidenten wegen des Brüderlebens des preußischen Innenministers war, der Grüñner bewogen hat, seinen Rücktritt zu nehmen. Wenn aber nun behauptet worden ist, daß der Präsident des Oberverwaltungsgerichts Drews bereits mit der verantwortlichen Vernehmung Grüñners wegen seines Verhaltens begonnen habe, so ist in dieser Form die Nachricht ungutestend. Es gibt nach den bestehenden Bestimmungen keine Möglichkeit eines disziplinarischen Vorgehens gegen den Träger eines so hohen richterlichen Amtes. Grüñner könnte auch nicht einmal strafverfolgt werden, weil es in der preußischen Justizverwaltung keine äquivalente Stellung mehr für ihn gäbe. Weißbrot Drews kann, wie dem Richterstuh

an zuständiger Stelle weiter verhört werden, Grüñner höchstens gesprächsweise um Ausklärungen über sein Vorhaben bitten. Die einzige Möglichkeit, einen Richter vom Range Greifzu aus dem Amt zu entfernen wäre die Herstellung der Wehrheit seiner Kollegen, daß er nicht mehr die erforderlichen geistigen Qualitäten zur Durchführung dieses Amtes habe. Grüñner hat übrigens bestritten, daß das Interview, das der Darmunder Generalanzeiger veröffentlicht, und wonach er u. a. behauptet haben soll, vom Parteivorstand der SPD frei Hand gegen Greif zu erhalten zu haben, den Tatfunden entspreche. Dieser Erklärung gegenüber ist jedoch vom genannten Blatt verklagt worden, daß der Interviewer bereit sei, in verantwortlicher Vernehmung dabei zu bleiben, daß er die Mittelungen Grüñners richtig wiedergegeben habe.

Wünster Grüñner ist am Dienstag zur Erholung in die Schweiz abgereist. Zugleich hat sein Nachfolger, Professor Dr. Waentig, die Führung des Innenministeriums übernommen. In seiner Antrittsrede hat er u. a. erklärt, er habe sich nicht nach dem Amt gedrängt, sondern sei auf höhere Befehle ausgestellt. Er sei in die Breite getreten, die das tapfere Verteidiger erwartet habe räumen müssen".

Fünf Arbeiter ertrunken.

Ein Lastauto durch Eis eingebrochen.

* Helsingfors. Ein entsetzliches Unglück ereignete sich auf einem See bei Tavastehus. Ein mit 18 Arbeitern beladenes Lastauto, das einen zugefrorenen See in voller Fahrt überquerte, brach ein und sämtliche 18 Personen verlorenen in den Fluten, während 8 Arbeiters gerettet werden konnten, sind die übrigen 5 ertrunken. Die Leichen konnten bisher noch nicht geborgen werden.